

Entwicklungspolitische Binsenwahrheiten für das 21. Jahrhundert

Autor(en): **Gerster, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **96 (2002)**

Heft 4

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144344>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entwicklungspolitische Binsenwahrheiten für das 21. Jahrhundert

Der Text des bekannten Entwicklungsökonom Richard Gerster formuliert in einem ersten Schritt Leitgedanken für die Ausgestaltung der Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. In einem zweiten Schritt folgen Überlegungen zur Kommunikation entwicklungspolitischer Sachverhalte. Und in einem dritten Schritt werden einige Aktionsvorschläge präsentiert. All diese Überlegungen erheben nicht den Anspruch, neu zu sein. Der Autor meint, es handle sich dabei «eher um Binsenwahrheiten, welche aber eines stetigen Recycling bedürfen, weil sie oft unbequem sind und deshalb allzu leicht missachtet werden oder einfach in Vergessenheit geraten». Richard Gerster ist seit Jahren entwicklungspolitisch und publizistisch tätig, früher für schweizerische Entwicklungshilfswerke, heute als selbständiger Berater und Publizist für Nord-Süd-Fragen. Seine neueren Publikationen sind: Globalisierung und Gerechtigkeit, hep-Verlag, Bern 2001 (vgl. NW 9/2001, S. 264f.); Alternative Approaches to Poverty Reduction Strategies, DEZA, SDC Working Paper 1/2000, Bern 2000; Entwicklungsland Schweiz. 1798 – 1848 – 1998 – 2048, Süd-Magazin 5/1998, Bern 1998.

Red.

1. Ein Blick zurück

In den Siebzigerjahren propagierte der Süden eine «*Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO)*». Deren Entwurf entstand auf dem Hintergrund der gravierenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und war Gegenstand der UNO-Generalversammlung vom Mai 1974, welche eine «Erklärung über die Errichtung einer NIWO» verabschiedete, der im Herbst gleichen Jahres die «UNO-Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten» folgte.

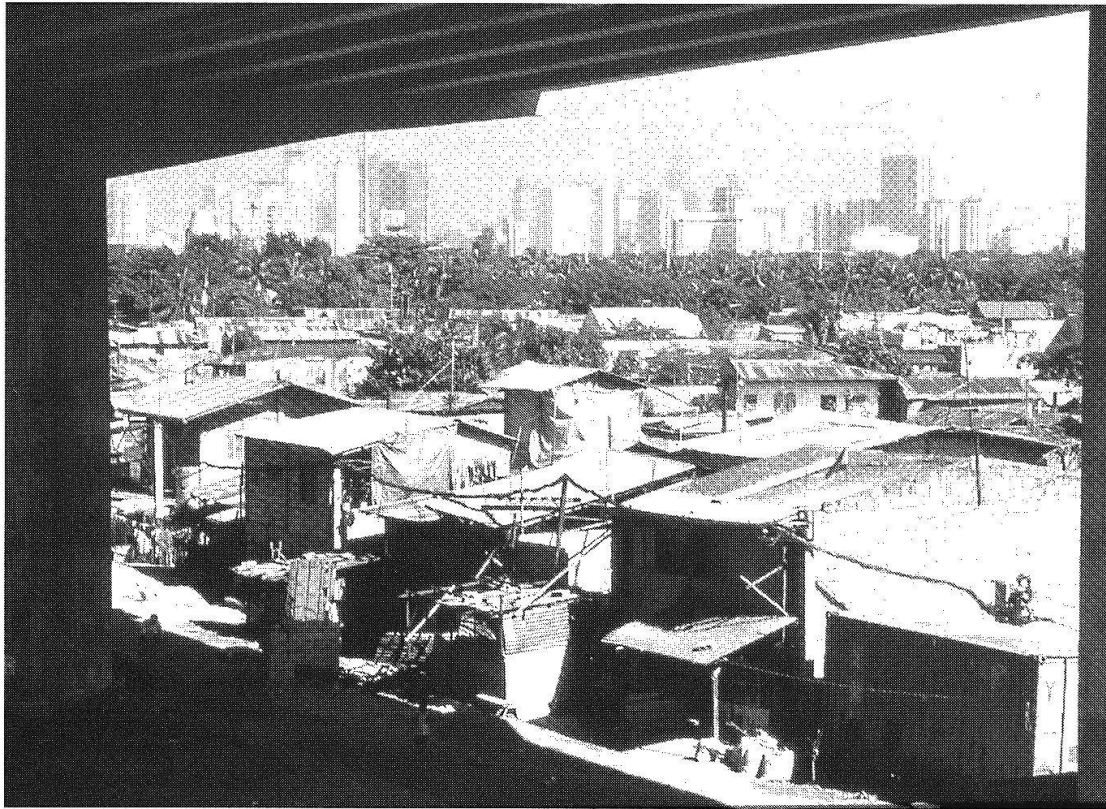
Obschon die Wohlstandskluft alles andere als beseitigt ist, ist die NIWO heute auf der internationalen Bühne kein Thema mehr, um das gerungen wird. Selbst prominente Südvertreter wie Mahbub ul Haq wandten sich in den 1990er Jahren gegen eine Wiederaufnahme der NIWO-Agenda: «Nachdem ich 8 Jahre als Planungs- und Finanzminister Pakistans verbracht habe, könnte ich nicht mit gutem Gewissen behaupten, unsere internen Probleme entstehen aufgrund externer Schwierigkeiten. Wir schaffen viele dieser Probleme selber. Wir werden nie in der Lage sein, unsere Kämpfe an der externen Front zu gewinnen, ausser unsere internen Ordnungen werden gestärkt.... Man verhandelt eine Neuordnung aus einer Position der Stärke, nicht der Schwäche heraus.»

Zuoberst auf der internationalen entwicklungspolitischen Agenda stand in den 1980er bis weit in die 1990er Jahre hinein vielmehr das Thema der *Strukturanpassung*, die Frage also, wie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen im Süden besser an die bestehende Weltwirtschaftsordnung angepasst werden können. Es ist wohl unnötig zu sagen, dass diese vom Norden und seiner Wirtschaftskraft geprägte Ordnung im Süden oft als Unordnung empfunden wird. Bei allem Reformbedarf im Süden ist eine auf Strukturanpassung verkürzte entwicklungspolitische Agenda wenig erfolgverheissend. Diese Einsicht setzt

sich mehr und mehr durch, nachdem *soziale Fragen* während Jahren nur als *Anhängsel* geduldet worden waren, um die Akzeptanz der ökonomischen Sachzwänge schmackhafter zu machen. Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird seit dem Misserfolg des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) von 1998 und dem Auflaufen der Millenniums-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle 1999 neu herausgefordert durch zivilgesellschaftliche Kräfte.

Seit der Versöhnung von Ost und West zieht die *Armutsbekämpfung* neues Interesse in Politik und Forschung auf

ten *Kurswechsel*: Seither ist die Ausarbeitung und Durchführung einer Armutsreduktions-Strategie durch die ärmeren Entwicklungsländer eine Voraussetzung für deren Zugang zu vergünstigten IWF- und Weltbank-Krediten. Im Jahr 2000 widmete die Weltbank ihren *ersten Weltentwicklungsbericht* im neuen Jahrtausend dem Thema Armut, und die UNO bekräftigte an der Millenniums-Generalversammlung den Willen zur Armutsbekämpfung. Was die Rhetorik der Regierenden wert ist, wird die Zukunft zeigen müssen. Armut bleibt *die* Herausforderung des 21. Jahrhunderts, sowohl für den Süden wie den Norden.



Slums und Skyline nebeneinander in Manila (Philippinen).

sich.¹ 1995 verpflichteten sich 186 Regierungen am Weltsozialgipfel in Kopenhagen, die Armut auszurotten. 1996 lancierte die OECD die Strategie «Das 21. Jahrhundert gestalten», welche u.a. vorsieht, die absolute Armut bis 2015 zu halbieren. Das Jahrzehnt 1997–2006 wurde von der UNO zur Dekade zur Ausrottung der Armut erklärt. 1999 lancierten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank einen regelrech-

2. Leitgedanken

Ohne eine tragfähige, landesinterne Wirtschafts- und Sozialpolitik im Süden gibt es keine Entwicklungserfolge.

Auch ein profilierter Vertreter privater Entwicklungsorganisationen wie *Martin Khor* vom Third World Network in Malaysia stellt unumwunden fest: «Ein grosser Teil der Probleme liegt auch innerhalb des Südens.» Die staatliche

Entwicklungszusammenarbeit, die Hilfswerke und ihre Partner im Süden sind in ihrer operationellen Arbeit oft direkt konfrontiert mit *bürokratischen Hürden, Machtmissbrauch* und *Korruption*. Die grosse Bedeutung interner Faktoren ist auch erkennbar in der europäischen Vergangenheit und den wirtschaftlichen Erfolgen der Schwellenländer. Dabei geht der Reformbedarf aber wesentlich über die orthodoxe Strukturanpassung hinaus. Eine stark ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, insbesondere beim Landbesitz, behindert die Armutsbekämpfung massiv. Für Reformen in den Entwicklungsländern selber einzutreten, zählt deshalb zwingend zur entwicklungspolitischen Agenda.

Es besteht nicht ein Zuviel, sondern ein Mangel an Eurozentrismus in dem Sinne, dass die europäische Entwicklungserfahrungen allzu oft gründlich missachtet werden.

Die Kernfrage geht nach den *historisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen* von Entwicklung. Die relevante Frühphase der europäischen Industrialisierung gibt hier wichtige Hinweise.² Entwicklungschancen haben jene Gesellschaften, welche den Feudalismus einer kleinen Oberschicht überwinden und im Gefolge der Demokratisierung eine Umverteilung der Produktionsmittel, namentlich eine *Landreform*, durchführen. Breitenwirksame Fortschritte in der Arbeitsproduktivität werden so begleitet von wachsender Kaufkraft und der Entstehung eines Binnenmarktes. Entwicklungspolitische Priorität haben in der Regel eine Agrarreform, eine Leistungssteigerung in der Landwirtschaft und eine damit gekoppelte Industrialisierung.

Eine entscheidende Rolle für Entwicklungserfolge spielt ein starker Staat.

Die Stärke des Staates hat nichts mit der Staatsquote, der Normendichte oder mit westlichen Staatssymbolen wie dem Präsidenten-Mercedes zu tun. Stark ist

ein Staat dann, wenn seine Regierung *Legitimität* geniesst, seine Gesetze akzeptiert werden und er sie im Konfliktfall durchsetzen will und kann. «Good Governance» erzeugt Berechenbarkeit und Vertrauen. Ein despotisch parasitärer Staat wie z. B. in Togo oder Burma, welcher der Elite vor allem Zugang zu Macht und Privilegien bringt, kann keine Legitimität beanspruchen wie ein demokratischer Rechtsstaat, der für seine Bevölkerung da ist. In der Realität sind zwischen den Polen parasitärer Diktatur und demokratischen Verhältnissen viele Schattierungen anzutreffen und zu berücksichtigen. Die westliche *Idee des Rechtsstaates* fusst auf historischen, gesellschaftlichen Voraussetzungen, welche andernorts erst errungen werden müssen. Wegen dieser Langfrist-Dimension und aufgrund sozialer Desintegrationsprozesse müssen wir uns jedoch auf absehbare Zeit darauf einrichten, in und mit schwachen Staaten zu arbeiten.

Auch wenn ein starker Staat Rahmenbedingungen setzt, der Schlüssel zur Entwicklung liegt bei der Eigeninitiative und Partizipation der Menschen.

Angesichts der Krise vieler Entwicklungsbemühungen war wohl der theoretische Konsens zum Prinzip der partizipativen Entwicklung noch nie so gross. Aber dem Volk zuhören ist für autoritäre Regierungen ein umwerfender Leitgedanke und für Entwicklungshilfegerber mit Exportinteressen oder aussenpolitischen Zielen gleichermassen unbequem. So klaffen Rhetorik und Realität unvermindert auseinander. Die Rückbesinnung auf die Kernfunktionen des Staates eröffnet neue Spielräume privaten Handelns. So sind mit einer ernst gemeinten Liberalisierung auch *neue Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure* verbunden. Das gilt ebenso für den privatwirtschaftlichen Sektor, das informelle Kleingewerbe darin eingeschlossen. Nur eine florierende Privatwirtschaft ist in der Lage, ausreichend Ar-

beitsplätze bereitzustellen, um die bestehende Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die neuen, geburtenstarken Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt zu absorbieren.

Die dramatische Verschlechterung der Handelsbedingungen ist eine wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Krebschanges vor allem von nicht-ölexportierenden Rohstoffproduzenten.

Für Afrika südlich der Sahara führte die Talfahrt der «Terms of Trade» zu einem Kaufkraftverlust ihrer Exporte von zwei Dritteln allein in der Periode 1980–1992. In einem derart widrigen weltwirtschaftlichen Umfeld können auch reformwillige Regierungen nicht ohne massive Zuschüsse von aussen auf einen grünen Zweig kommen. Asiatische Schwellenländer haben demonstriert, dass eine temporäre Abschottung des Heimmarktes im Hinblick auf den Aufbau einer eigenen verarbeitenden Industrie sogar mit einem exportorientierten Entwicklungspfad vereinbar ist. Die weitere Weltmarktintegration von wirtschaftsschwachen Ländern bedarf eines selektiv-gestaffelten Vorgehens unter Förderung von Diversifizierung und Verarbeitung der Rohstoffe.

Der Norden kann durchaus zu einer weitsichtigen Erneuerung der weltwirtschaftlichen Spielregeln Hand bieten, ohne seine eigenen Volkswirtschaften zu gefährden.

Denn nur ein kleiner Teil des Wohlstandes im Norden beruht auf einer wie auch immer gearteten «Ausbeutung» des Südens. Der von UNDP geschätzte Einkommensentgang von 500 Milliarden Dollar pro Jahr durch Protektionismus, durch eingeschränkte Migrationsmöglichkeiten, beim Technologietransfer, beim Handel mit Dienstleistungen, durch Kapitalabflüsse infolge der Verschuldung und Verluste durch Zinsdifferenzen entsprach anfangs der 90er Jahre 17 Prozent des Sozialprodukts aller Entwicklungsländer, aber nur rund 3

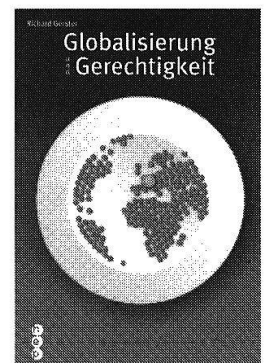
Prozent des Sozialprodukts im Norden. Gegen Ende des Jahrzehnts machen die 500 Milliarden Dollar Verluste noch 8 Prozent des Sozialprodukts der Länder mit einem niedrigen und mittleren Einkommen bzw. 2 Prozent der Länder mit hohem Einkommen aus. Während also der Schaden der Weltwirtschafts(un)ordnung im Süden beträchtlich ist, ist der Nutzen im Norden bescheiden. Diese Überschlagsrechnungen zeigen, dass eine kohärente Südpolitik im Dienste der Armutsbekämpfung nicht nur wünschbar, sondern auch wirtschaftlich tragbar wäre.

Die weltweite Entwicklungshilfe macht nur einen Bruchteil dessen aus, was dem Süden durch die bestehende, vom Norden geprägte Weltwirtschaftsordnung an Einkommen entgeht.

Während das Entwicklungsprogramm der UNO die Verluste aus der ungleichen Partnerschaft zwischen Nord und Süd für die Entwicklungsländer auf 500 Milliarden Dollar pro Jahr beziffert, hat die Entwicklungshilfe im selben Referenzjahr 1990 nur 53 Milliarden Dollar bzw. 0,33% des Bruttosozialprodukts ausgemacht und ist bis zum Jahr 2000 auf 0,22% gesunken – ein krasser Gegensatz zur Rhetorik der Armutsbekämpfung. Allerdings würde sogar die Verdreifachung auf 0,7% des BSP gemäss UNO-Forderung die weltwirtschaftlich beschränkte Reichweite der Entwicklungshilfe nicht beseitigen.

Die Internationalisierung grosser Lebens- und Wirtschaftsbereiche macht, dass die multilaterale Zusammenarbeit ohne Alternative dasteht.

Insbesondere wirtschaftlich schwache Nationen und Kleinstaaten haben ein Eigeninteresse an der Stärkung multilateraler Institutionen. Nicht nur die Stärkung, sondern auch die Reform multilateraler Institutionen steht auf der politischen Agenda des 21. Jahrhunderts. Denn mit dem zunehmenden Gewicht



der internationalen Ebene entsteht ein Legitimationsproblem, sind doch auch die leitenden Funktionäre nicht vom Volk oder Parlament, sondern von den Regierungen gewählt. Dieses *Demokratie-Defizit* wiegt umso schwerer, als es bei einzelnen Institutionen, namentlich dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, zu einem De facto-Transfer an Souveränität vom Süden nach Washington gekommen ist. Nicht zufällig werden deshalb vermehrte Transparenz gegenüber der Zivilgesellschaft, deren Partizipation an multilateralen Prozessen und auch multilaterale Parlamente gefordert. Das Scheitern der

WTO-Konferenz in Seattle von 1999 kann zu einem Erfolg werden, wenn es weniger eine Schwächung der multilateralen (Un)Ordnung bewirkt, sondern zu einer Reform der WTO und anderer multilateraler Organisationen führt.

Der Norden muss globalisierungsfähig werden, denn Ziel grosser Teile des Südens ist die Konsumgesellschaft des Nordens.

Die Globalisierung ist zu einem Schlagwort verkommen, meist ohne wahrzunehmen, dass der Norden ökologisch erst noch globalisierungsfähig werden muss. Es sind zwar nicht alle kulturellen Werte, namentlich in der islamischen Welt, auf das westliche Mass reduziert worden. Aber es ist nicht zu übersehen, dass grosse Teile des Südens sich an der Konsumgesellschaft orientieren. Deren Opfer und Schattenseiten bleiben dabei weitgehend ausgeblendet.

Gerade in der Perspektive einer *globalen Konsumgesellschaft* liegt die *entwicklungspolitische Provokation*. Denn selbstgenügsame Lebensstile im Süden würden dem Norden eine ungebremsste Fortführung der ressourcenintensiven Wirtschaftsweise erleichtern. Die Wahlfreiheit des Südens beinhaltet auch, dasselbe zu wollen wie der Norden. Ein globalisierungsfähiger Entwicklungsweg und eine entsprechende Reformpolitik im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung im Norden sind gefragt.

Eine allein auf Solidarität abgestützte Entwicklungspolitik kann nicht mehr als marginale Bedeutung erlangen.

Solidarität mag ausreichen für die Verankerung der privaten Hilfswerke in der Bevölkerung; auf dem politischen Parkett genügt sie für die öffentliche Zusammenarbeit nicht, wenn sie keine Schönwetterveranstaltung bleiben soll. Die *langfristigen Eigeninteressen* der Schweiz an der Südpolitik müssen klar formuliert werden, um so die gemeinsamen Interessen zwischen Nord und Süd zu erkennen. Bei den globalen ökologischen Problemen, bei den neuen Völkerwanderungen, im Verständnis von Sicherheit und Frieden sowie natürlich auf der wirtschaftlichen Ebene sind nicht nur, aber auch gemeinsame Interessen vorhanden. Der Einbezug von Eigeninteressen ist kein Freipass für die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu artfremden Zwecken. Es handelt sich um eine Gratwanderung mit Absturzgefahr zwischen den Bedürfnissen des Südens und des Nordens, welcher der Entwicklungspolitik eine neue Relevanz sichert.

3. Impulse zur Öffentlichkeitsarbeit

Sozialforscher haben ermittelt, dass in der Schweiz am meisten Spenden erhält, wer behinderten Kindern im Schweizer Berggebiet junge Blindenhunde schenkt. In diesem widrigen Umfeld möchten die



Welthandel gleich Reichtum – wie hier in Singapur? Die Rohstoffpreise sind rückläufig. (Bilder: Richard Gerster).

Entwicklungsorganisationen nicht nur Geld sammeln, sondern auch in den Medien *Informationen* plazieren, z.B. über multilaterale Schulden und die Goldreserven des IWF, oder die Auswirkungen des Patentschutzes von biotechnologischen Erfindungen auf die Artenvielfalt, oder die fehlende Partizipation von Nichtregierungsorganisationen in der WTO.

Die Distanz ist offensichtlich: Entwicklungsfachleute sprechen über komplexe, oft entlegene und abstrakte Sachverhalte, während dem Publikum der Sinn nach Naheliegenderem und Konkretem steht. Die *Kommunikationsaufgabe* könnte kaum schwieriger sein. Durch die Medien wird sie nicht erleichtert, reflektieren diese doch die Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten, indem sich die Erzeugnisse tagtäglich am Markt durchsetzen müssen. Infotainment, Personenkult und Katastrophenmeldungen haben die Oberhand. Immerhin verschafft die Marktsegmentierung einen gewissen Spielraum, der auch entwicklungspolitischen Informationen offen steht.

Eine *allein* auf Solidarität gebaute Entwicklungspolitik hat ein Schönwetter-Fundament, das bei widriger Witterung rasch morsch wird. Diese oft selbstgewählte politische Irrelevanz ist zu überwinden, indem Eigeninteressen klar formuliert werden. Die Rückfrage der Steuerzahlerinnen und -zahler, mit welchen Erfolgen Milliardenbeträge in die Entwicklungszusammenarbeit gesteckt werden, ist völlig berechtigt. Die Eigeninteressen aktiv mit zu definieren ist wiederum eine kommunikative Chance. In diesem Sinne sind die nun folgenden Impulse zur künftigen Gestaltung der entwicklungsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit zu sehen.

In die Informationsarbeit investieren

Ganz elementar gilt es festzustellen, dass bei schwindender Akzeptanz vermehrt in die Informationsarbeit im In-

land investiert werden muss. Das ist bei erodierenden Ressourcen nicht selbstverständlich. Ein offensives Vorgehen ist erforderlich sowohl seitens der privaten Organisationen als auch des Staates. Damit sind nicht PR-Aktionen gemeint, sondern *Bildungsanstrengungen* im besten Sinne. Diese Art der Information ist auch nicht als Administration oder Werbeaufwand abzubuchen, sondern stellt einen Teil der Inlandarbeit («Projekt Schweiz», bzw. «Deutschland») dar.

Das Informationspotential mitberücksichtigen

In vielen privaten und öffentlichen Entwicklungsorganisationen laufen Informationsarbeit im Inland und operationelle Aktionen im Ausland völlig nebeneinander her. Unter die *Selektionskriterien* für die Auslandsarbeit sollte neu das Informationspotential eines Vorhabens aufgenommen werden. Die ketzerische Frage taucht auf: Welche Auslandsarbeit braucht die Informationsarbeit? Als alleiniges Auswahlkriterium wäre diese Überlegung untragbar. In der Kombination mit traditionellen sozialen oder ökologischen Kriterien ist sie hingegen wichtig. Das setzt natürlich voraus, dass auch der Wille besteht, das Informationspotential wirklich auszu-schöpfen.

Das Zielpublikum definieren

Es ist ein elementares Erfordernis, sich darüber Rechenschaft zu geben, wen man mit einer Botschaft erreichen will. Ob es sich um das Parlament oder die Jugendlichen handelt, macht einen Unterschied sowohl inhaltlich als auch bei der Wahl der Instrumente. Gegenüber der breiten Öffentlichkeit wiederum wäre es sinnlos, Geld zur Überzeugung der Gegnerinnen und Gegner zu investieren. In der Schweiz hat eine wissenschaftliche Untersuchung ergeben, dass ein *Drittel* der Bevölkerung der Regierung auf ihrem Kurs *internationaler Kooperation* folgt, ein weiteres Drittel im

Grunde desinteressiert ist und sich allenfalls eine Meinung von Fall zu Fall bildet, und das letzte Drittel zur Gruppe der kompromisslosen Isolationisten gehört. Die Petition «Entwicklung braucht Entschuldung», welche 1990 in der Schweiz von 250 000 Leuten unterschrieben wurde, stützte sich im wesentlichen auf das offene Drittel ab und franste vielleicht in Einzelfällen in das zweite Drittel aus. Trotzdem war die Petition politisch ein voller Erfolg. Fazit: Wenn es gelingt, die *eigene Basis* wirklich zu *mobilisieren*, ist schon viel gewonnen.

Betroffenheit herstellen

Über traditionelle humanitäre Betroffenheit hinaus muss es gelingen, gemeinsame Interessen zwischen Nord und Süd bürger(innen)nah zu vermitteln. Z.B. gerät *unsere Umweltpolitik* in eine Sackgasse, wenn es nicht gelingt, den Süden zu überzeugen, dieselben Ziele anzustreben. Z.B. vernichtet die fortdauernde Überschuldung ärmerer Entwicklungsländer auch Arbeitsplätze im *Norden*. Z.B. ist Massenarmut ein vergifteter Boden für die Weltwirtschaft, also auch die Exportwirtschaft in *Europa*. Derartige Überlegungen entsprechen weitgehend der Idee der «Global Human Security», wie sie von UNDP propagiert wird. Allerdings darf eine neue Südpolitik keinesfalls allein als Krisenmanagement daherkommen und so die Entwicklungsperspektiven des Südens durch den Sicherheitsanspruch des Nordens ersetzen.

Beim Alltag anknüpfen

Man muss die Leute abholen, wo sie sind. Wenn wir entwicklungspolitische Anliegen mit dem Alltag unserer Bevölkerung verknüpfen können, haben wir die besten Chancen, dass die Information aufgenommen wird. Das ist nicht nur eine inhaltliche, intellektuelle Frage, sondern es geht auch um die *Form der Botschaft*, um deren Sinnlichkeit und Emotionalität. Die Idee des gerechten Han-

dels über kommerzielle Kanäle (Max Havelaar, Transfair) ist diesbezüglich ein perfektes Vehikel. Auch das Projekt einer Lotterie für Umwelt und Entwicklung ist ein innovativer Ansatz, dessen Bedeutung weit über die Mittelbeschaffung hinausgeht. Die Schattenseiten der Globalisierung, welche Europa zu spüren bekommt, können hellhörig machen für Armut und Arbeitslosigkeit im Süden. Das setzt einen offensiven Umgang mit diesen Fragen voraus, damit der Süden nicht zu einem billigen Feindbild für unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten verkommt.

Glaubwürdigkeit ausstrahlen

Ob der Begründung der eigenen Hilfsaktivitäten durch negativ eingefärbte Situationen wie Katastrophen, Hunger, Raubbau etc. kommt die Darstellung von Erfolgen der Entwicklungszusammenarbeit und -politik allzu oft zu kurz. Die *Wirksamkeit* ist das A und O der Relevanz von Entwicklungszusammenarbeit. Mit guten Beispielen kann zugleich *Hoffnung* vermittelt werden. Damit daraus aber keine unbegründete Zuversicht entsteht, welche längerfristig zu Enttäuschungen führt und auf die Urheber zurückschlägt, sind Erfolge in ihren Zusammenhängen und Grenzen zu vermelden. Die Bescheidenheit sollte gepaart sein mit der Offenheit, eigene Misserfolge einzugestehen und auch die Unzulänglichkeit und Eigenverantwortung der Partnerorganisationen und -länder im Süden nicht in einem Anflug falscher Solidarität zu vernebeln.

Authentizität vermitteln

Die Stimme des Südens gibt es bekanntlich nicht. Gesellschaftliche Widersprüche sind im Süden wie im Norden an der Tagesordnung, und entsprechend fällt auch die Vielfalt der Stimmen aus. Trotzdem ist es mit der wachsenden Präsenz von Menschen aus dem Süden in unseren Gesellschaften und der Globalisierung der Medien je länger je wichti-

ger, mit authentischen *Stimmen aus dem Süden* zu dokumentieren, mit wem die Entwicklungsorganisationen zusammenarbeiten. Der Originalton verschafft Legitimität. Gleichzeitig erhalten mit der physischen oder medienvermittelten Präsenz aus dem Süden Entwicklungsanliegen ein Gesicht. Unsere Gesellschaft wird so direkter mit den Folgen unseres Tuns und Lassens in anderen Teilen der Welt konfrontiert.

Konfliktbereitschaft pflegen

Die Forderung nach einer kohärenten Entwicklungs- und Aussenpolitik, wie sie zu Recht von den privaten Organisationen erhoben wird, zeugt von einem gewachsenen Selbst- und Gesellschaftsbewusstsein. Vor Jahren hätte man sich mit einem entwicklungspolitischen Nischendasein begnügt. Der Kohärenzanspruch bedingt aber auch den Mut und die Bereitschaft, gesellschaftliche Konflikte durchzustehen. In der Schweiz sind hier beispielsweise *Waffenexporte*, insbesondere von Pilatus-Flugzeugen in Spannungsgebiete wie Burma, oder *Exportkredite für Grossstaudämme* zu erwähnen. Das kann sehr medienwirksam sein. In der Sache ist diese Konfliktbereitschaft unverzichtbar, um auf mehr Gerechtigkeit in der Globalisierung der Wirtschaft hinzuwirken.

In Koalitionen agieren

Während einer Medienkonferenz eines einzelnen Hilfswerkes meist wenige Journalistinnen und Journalisten beiwohnen, mobilisieren Zusammenschlüsse in der Regel mehr Interesse. Das ist nicht nur eine Frage des Inhalts der Botschaft, sondern auch der *gesellschaftlichen Stellung des Absenders*. Koalitionen sind deshalb hilfreich für vermehrte Medienpräsenz, insbesondere auch ungewohnte Ad hoc-Zusammenschlüsse z.B. mit dem Bauernverband oder der Privatwirtschaft. Allerdings darf der Verbund auch wiederum nicht zu gross sein,

weil sonst die einzelne Organisation im gemeinsamen Auftritt die Identität verliert. Anonymität ist aber weder für den Absender noch für den Empfänger einer Information attraktiv.

Handlungsbedarf in drei Punkten

Der Handlungsbedarf lässt sich in drei Punkten zusammenfassen:

- *Die gesellschaftspolitische Rolle klären:* Die Akteure (private Hilfswerke etc.) müssen ihre Rolle in ihrer eigenen Gesellschaft klären. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte dann diese gesellschaftspolitische Rolle konsequent reflektieren.
- *In der Öffentlichkeit professionell agieren:* Die Vision der eigenen gesellschaftspolitischen Rolle ist dann professionell umzusetzen. Die alten Weisheiten der Kommunikation behalten ihre Gültigkeit auch in einem globalisierten Umfeld.
- *Die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren:* Die Kommunikation sollte nicht nur professionell gemacht werden, sondern sie ist in einem widrigen Umfeld antizyklisch auszubauen.

4. Aktionsebene «Corporate Governance»

Die Liberalisierungs- und Deregulierungswelle der 1980er und 1990er Jahre hat die Karten zwischen Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft neu verteilt:

- Der *Staat* hat sich aus zahlreichen Bereichen zurückgezogen oder ist immer noch daran, sich zurückzuziehen. In der Schweiz wurde im Namen des «Service Public» der Rückzug des Staates ausgebremst, indem das Volk mehrfach die Gefolgschaft zu Privatisierungsvorlagen verweigert hat. Gleichzeitig eignet der Staat sich mit dem «New Public Management» Verhaltensweisen aus der Privatwirtschaft an, um an Effizienz zu gewinnen.
- Die Spielräume der *Privatwirtschaft* sind gewachsen. Damit hat auch deren gesellschaftliche Verantwortung zuge-

nommen. Im neuen Umfeld, wo im Zweifel oft auf eine staatliche Regulierung verzichtet wird, kann weder die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften allein mehr genügen noch ein auf die Aktionäre fokussiertes Rechenschafts-Verständnis. Die Frage nach der «Corporate Governance», der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung, ist gestellt.

– Die Akteure der *Zivilgesellschaft*, namentlich die gemeinnützigen Entwicklungsorganisationen, sehen sich ebenfalls vor einer neuen Situation. In einer auf «Shareholder-Value» getrimmten Unternehmenskultur kann keine freiwillige Selbstbeschränkung erwartet werden. Um «Corporate Governance» über das gesetzliche Minimum hinaus durchzusetzen, müssen die Akteure der Zivilgesellschaft nicht nur dialog-, sondern auch konfrontationsbereit sein.

Je weiter der *Schauplatz vom Entscheidungszentrum entfernt* ist, desto unwahrscheinlicher wird ein Verzicht aus Einsicht – beim Maheshwar-Damm in Indien oder dem Dreischluchten-Staudamm in China hat die betroffene Bevölkerung von vorneherein schlechtere Karten, als wenn es um die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in Europa geht. In einem marktwirtschaftlichen System werden Entwicklungs- und Umweltanliegen von Firmen nur wahrgenommen, wenn sie ein positives Potential zur *Marktentwicklung* aufweisen oder eine *Marktschädigung* droht. Deshalb entscheiden Organisationsgrad und Auftritt ganz wesentlich über die Reichweite der Einflussnahme von Nicht-Regierungs-Organisationen auf das Firmenverhalten.

Traditionell haben sich Hilfswerke und entwicklungspolitische Organisationen auf die *politische Einflussnahme beim Staat* ausgerichtet. Nichtregierungs-Organisationen wie die Erklärung von Bern schlagen vor, dass Firmen, die wissentlich und systematisch Menschenrechte verletzen, nicht mehr in den Ge-

nuss von öffentlichen Aufträgen, von Exportrisikogarantien oder von Unterstützung durch die Türöffner-Diplomatie kommen sollen. So notwendig diese Ebene ist, so sehr braucht es eine verstärkte direkte Einflussnahme auf privatwirtschaftliche Akteure. Die heutigen zivilgesellschaftlichen Strukturen sind dafür noch nicht optimal gerüstet. Einige zukunftsgerichtete Vorschläge sind:

Die Spielräume des Gesellschaftsrechts ausschöpfen

Die Möglichkeiten, welche das Gesellschaftsrecht im allgemeinen und das Aktienrecht im besonderen bietet, können und sollten systematisch für entwicklungspolitische Belange nutzbar gemacht werden. Den kreativen Ansatz *kritischer Aktionärinnen und Aktionäre*, z.B. bei Nestlé, gilt es zu erneuern und zu erweitern. Grosse Potentiale liegen auf zwei Ebenen brach:

– Die *ethisch-ökologisch ausgerichteten Anlagefonds*³ verfügen über ein Mandat der Investierenden, entwicklungspolitische Anliegen zu verfolgen, und zwar durchaus über die Anlageentscheide hinaus. In diesem Sinne hat z.B. der Swissca Green Invest, der vom WWF mitgetragen wird, nicht nur in kurzer Zeit ein respektables Anlagevolumen und eine ansprechende Rendite erreicht, sondern eine über das Internet kommunizierte «*Watchlist*» eingerichtet.⁴ Auf dieser Warnliste finden Gesellschaften Platz, welche zwar eine überdurchschnittliche Umweltpolitik verfolgen, deren Umsetzung in Einzelfällen aber zu wünschen übrig lässt. Zum Beispiel setzte der Swissca Green Invest die Bayerische Hypo- und Vereinsbank auf die Watchlist, weil die Bank ihre Finanzierungs-offerte einer Turbinenlieferung für den Maheshwar-Staudamm in Indien entwicklungspolitisch nicht rechtfertigen konnte. Auch Interventionen an Generalversammlungen im Sinne der Anlage-Fonds-Zielsetzungen sind denkbar. Die *Ethik-Fonds* sind eine Branche mit stei-

lem Wachstum. Dazu sind auch einzelne Pensionskassen zu rechnen. Entsprechend nimmt das Einfluss-Potential zu.

- Bei den *privaten Entwicklungsorganisationen* liegen ebenfalls Möglichkeiten zur Einflussnahme im Sinne der «Corporate Governance» brach.⁵ Grosse Organisationen wie zum Beispiel Caritas können ihre Anlageentscheide nach ethischen Kriterien treffen und dann in einem zweiten Schritt auch die Aktionärsrechte aktiv wahrnehmen. Keine der Nichtregierungsorganisationen dürfte jedoch über so respektable Reserven verfügen, dass deren Anlageentscheide mehr als symbolische Bedeutung haben. Anzustreben ist deshalb ein *Stimmrechts-Pool* gleichgesinnter Aktionärinnen und Aktionäre. Namentlich grosse Organisationen wie zum Beispiel Misereor, die Welthungerhilfe und Swissaid mit einem breiten Kreis von Spenderinnen und Spendern oder Mitgliedern können ihr Publikum aufrufen, ihre Stimmrechte im Hinblick auf soziale oder ökologische Interventionen abzutreten.

«Investment International» aufbauen

In Analogie zu Amnesty International sollte auf internationaler Ebene ein neues Netzwerk «Investment International»⁶ aufgebaut werden, um verfehlte Investitionen und Prestigeprojekte systematisch an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch in der Entwicklungsfinanzierung hat in den 1990er Jahren das Einzelprojekt stark an Bedeutung eingebüsst zugunsten von Programmfinanzierungen. Die «Wachthunde» einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft arbeiten zu sehr fallweise, auch weil oft schlicht die Mittel für ein umfassenderes Arbeitsprogramm fehlen.

Die Zivilgesellschaft im Süden stärken

Die Verarmung im Gefolge der Schuldenkrise einerseits und die politische Öffnung verschiedener Länder im Gefolge der wirtschaftlichen Liberalisierung andererseits haben im Süden zahlrei-

che neue *Selbsthilfebewegungen* und Nicht-Regierungs-Organisationen hervorgebracht. Die Zivilgesellschaft des Südens sollte ein bevorzugter Partner vor allem für die privaten Entwicklungsorganisationen aus dem Norden sein. Denn die Menschen im Süden und ihre eigenen, anwaltschaftlichen Organisationen sind wirksamere und legitimere Akteure, welche durch keine noch so gut gemeinten ausländischen Interventionen zu ersetzen sind.

Ausblick

Ein umsichtiges Vorgehen mit öffentlichem Druck, verbunden mit Dialog hat zum Beispiel bei der europaweiten «Clean Clothes Campaign» beachtliche Erfolge gebracht. Rund 50'000 Postkarten von Konsumentinnen und Konsumenten sind bei Modehäusern und Grossverteilern der Schweiz eingetroffen, welche der Sorge um die Arbeitsbedingungen Ausdruck geben. Unter anderem hat der Grossverteiler Migros einen Verhaltenskodex zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei ihren Lieferanten eingeführt. Dessen Einhaltung soll nicht nur firmenintern, sondern auch durch eine unabhängige Kontrollstelle überprüft werden.

Es ist bekannt, dass Unternehmen mit einem ausgeprägten sozialen und ökologischen Verantwortungsbewusstsein langfristig auch am Markt besser bestehen. Das nützen die *ethischen Anlagefonds* zu ihren Gunsten. Das erklärt auch das wachsende Interesse an der neuen Norm «Social Accountability 8000», mit welcher sich Unternehmen als «Good Corporate Citizens» zertifizieren lassen können. Die UNO hat mit führenden Multinationalen Firmen einen «Global Compact» geschlossen, der die Unterzeichner zur Beachtung minimaler ethischer Standards anhält. Auf dem Papier handelt es sich um einen vielversprechenden Ansatz. Wie viel davon umgesetzt wird, ist zur Zeit noch nicht zu beurteilen. ●

¹ Vgl. Gerster, *Alternative Approaches to Poverty Reduction Strategies*, DEZA, SDC Working Paper 1/2000, Bern 2000, mit Literaturhinweisen.

² Vgl. Gerster, *Entwicklungsland Schweiz. 1798–1848–1998–2048*, Süd-Magazin 5/1998, Bern 1998.

³ Gerster, *Globalisierung und Gerechtigkeit*, hep-Verlag, Bern 2001, S. 94–95.

⁴ Im Sinne der Transparenz soll hier angemerkt werden, dass der Schreibende Mitglied des Beirates des Green Invest ist.

⁵ Gerster, *Globalisierung und Gerechtigkeit*, S. 135.

⁶ Gerster, a.a.O., S. 131.